

## **BGE 43 III 280**

Bundesgericht (BGE), 1917-11-09, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge\\_43\\_III\\_280](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge_43_III_280)

FR: ATF 43 III 280

IT: DTF 43 III 280

### **Volltext**

280 Entscheidungen der Schuldbeitrags- weil sie sich unzweifelhaft nicht als Verfügung im Vollstreckungsverfahren, sondern als blosser Inzident des Beschwerdeverfahrens, nämlich als vorsorgliche Massregel zur Aufrechterhaltung des tatsächlichen Zustandes während der Hängigkeit jenes Verfahrens darstellte. nicht auf dem Wege des Rekurses an das Bundesgericht angefochten werden können, so ist eine solche Anfechtung aber folgerichtig auch nicht möglich gegenüber einem Beschlusse, mit dem die Aufsichtsbehörde die Rückgängigmachung der Massregel ablehnt.) Demnach hat die Schuldbeitrags- u. Konkurskammer erkannt: Auf den Rekurs wird nicht eingetreten. 58. A.uszug aus dem Entscheid vom 9. November 1917 i. S. Genossenschaft Famos. Art. 1 BStV. Begriff des Kausalzusammenhangs der Zahlungsunfähigkeit mit dem Kriege. Wie die Vorinstanz zutreffend hervorgehoben hat, kann die Rechtswohltat der allgemeinen Beitragsschuldung nur solchen Schuldnern zugute kommen, auf deren wirtschaftliche Lage der Krieg mit seinen Folgen als unvorhersehbares Ereignis höherer Gewalt so eingewirkt hat, dass sie bis zur Rückkehr normaler Zeiten ausserstande sind, ihre Gläubiger voll zu befriedigen. Personen, die erst während des Krieges und zum Zwecke der günstigen Ausnutzung der dadurch geschaffenen Verhältnisse ein Geschäft übernehmen oder gründen, haben, wenn dieses entgegen ihren Hoffnungen zu einem Verlust führt, keinen Anspruch auf eine allgemeine Beitragsschuldung, weil sie mit dem Kriege und der damit im Zusammenhang stehenden Unsicherheit und Wandelbarkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse von vornherein rechnen mussten (vergl. Entscheid i. S. Frischknecht & Cie vom 1. August 1917). und Konkurskammer. No 59. 28t 59. Entscheid von 10. November 1917 i. S. Burkhardt. Art. 260 SchKG. Begehren um Abtretung der Rechte der Masse auf Ersatz des Schadens, welcher durch die Anlegung von Massegeldern bei einer privaten Bank statt bei einer gesetzlich autorisierten Depositenanstalt i. S. von Art. 24 SchKG seitens des Konkursverwalters entstanden ist? A. - Am 15. Mai 1908 wurde über Emil Burkhardt, Darmhändler in Eschlikon, der Konkurs eröffnet. Die aus der Liquidation der Masse eingehenden Gelder wurden zum Teil, wie behauptet wird auf Grund eines Beschlusses der Gläubigerversammlung. nicht bei der kantonalen Depositenanstalt, sondern bei der Leih- und Sparkasse Eschlikon in Kontokorrent angelegt. Vor Abschluss des Konkursverfahrens geriet die Leih- und Sparkasse Eschlikon am 5. August 1912 selbst in Konkurs, sodass die Konkursmasse Burkhardt auf ihrem Kontokorrentguthaben, nur die den Gläubigern V. Klasse im Konkurs der Kasse zukommende Dividende erhalten wird. Mit Zahlungsbefehl vom 26. Mai 1916 betrieb darauf ein Gläubiger im Konkurs Burkhardt, der heutige Rekurrent Gottfried Burkhardt, den früheren Konkursbeamten und Konkursverwalter, Dr. von Streng, in Sirmach auf Zahlung von 13,180 Fr. 80 Cts., Betrag des mutmasslich der Konkursmasse Burkhardt im Konkurs der Leihkasse Eschlikon entstehenden Ausfalls. Der Betriebene schlug Recht vor, worauf die Sache einstweilen ruhen blieb. Gegen die im November 1916 erfolgte Auflegung der Schlussrechnung und

Verteilungsliste im Konkurse Burkhardt erhob G. Burkhardt Beschwerde mit der Begründung, dass die Verteilung gemäss Art. 261 SchKG erst nach Eingang des Erlöses der ganzen Konkursmasse vorgenommen werden dürfe, diese Voraussetzung aber hier nicht zutrefte, indem die Schlussdividende im Konkurs der Leihkasse Eschlikon noch ausstehe. Nachdem sich aus der Vernehmlassung des Konkursamtes und den von ihm vorgelegten Akten er-

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.